



STIMMEN FÜR LÜBECK

DER NEWSLETTER DER SPD-LANDTAGSABGEORDNETEN

Wolfgang Baasch | Kerstin Metzner | Thomas Rother | Ausgabe Nr.8 | Dezember 2018



| Für Lübeck im Landtag!

KERSTIN-METZNER.DE

THOMAS-ROTHER.DE

WOLFGANG-BAASCH.DE

Landeshaushalt

Investitionen ohne Sinn und Verstand bringen das Land nicht voran!

Auch der zweite Haushalt, den die Jamaika-Koalition vorlegt, ist ein Haushalt der Superlative. Die Kassen des Landes sind so gut gefüllt wie nie. Seit 2010 haben sich die Zinsausgaben mehr als halbiert, die Einnahmen hingegen sind auf 4,8 Milliarden Euro gestiegen! Nie gab es mehr Geld für Bildung, Infrastrukturmaßnahmen, Digitalisierung, nie wurde mehr Geld für die Zukunft des Landes verplant. Keine Frage: all das sind wichtige Themen, und auch eine sozialdemokratische Landesregierung würde sich um sie kümmern – wir würden uns allerdings fragen: Was kommt von diesem Geld wirklich bei den Menschen an? Deshalb wollten wir die Kinderbetreuung in Kitas beitragsfrei gestalten, was Jamaika umgehend wieder kassiert hat. Wir haben seinerzeit das Sondervermögen IMPULS geschaffen, um auch über ein Haushaltsjahr hinaus Haushaltsüberschüsse für sinnvolle Investitionen nutzen zu können. Wir haben damals das Gesamtvolumen bei 450 Mio. Euro gedeckelt, um Haushaltsüberschüsse auch zur Schuldentilgung nutzen zu können. Jamaika hat damit Schluss gemacht und IMPULS in einen reinen Selbstbedienungsladen verwandelt, der Konflikte zwischen Land und Kommunen und den Koalitionspartnern mit viel Geld zuschütten soll! Ein Selbstbedienungsladen, der bereits jetzt an seine Grenzen stößt. Denn angesichts steigender Baukosten, Fachkräftemangel auf allen Ebenen und einer hohen Auslastung der Bauwirtschaft fehlen baureife Projekte, das Geld fließt nicht ab. So planen Sie etwa für die Sanierung der Landesstraßen 2019 mehr als 60 Millionen Euro ein, aber nur 32 Millionen Euro sind mit konkreten Maßnahmen belegt.

Selbst die Finanzministerin hat eingestanden, dass sie nicht weiß, ob überhaupt alle Mittel verbaut werden können. Hinzu kommt: 180 Millionen Euro zusätzlich plant die Ministerin in den kommenden Jahren inzwischen ein für Baukostensteigerungen - die sie selber befeuert. Schon heute sind Teile der IMPULS-Gelder fest angelegt, weil nicht damit zu rechnen ist, dass die Gelder ausgegeben werden können. Solange wir für dieses Geld höhere Zinsen erzielen, als wir für neue Kredite zahlen müssen, ist das vielleicht noch ein gutes Geschäft. Ob dieses Verhalten volkswirtschaftlich sinnvoll ist, ist fraglich. Und das moniert auch der Landesrechnungshof. Seine Präsidentin, Frau Schäfer, verlangt neben „Vorsorge für die marode Infrastruktur auch eine deutlich höhere Tilgung der Altschulden. Beides ist gleichzeitig möglich, dank der guten Einnahmen und der niedrigen Zinsen.“ Und was macht die Landesregierung? Neue Schulden! Die Neuverschuldung soll jetzt um fast 350 Millionen Euro steigen! Für Projekte mit fragwürdiger Konzeption und Zielsetzung werden Millionenbeträge eingestellt, an anderen Stellen wird ohne Verstand und verantwortungslos gegeizt: Zwar wurden im letzten Jahr über 70Mio.€ Personalmittel nicht abgerufen – eine bessere Besoldung oder auch nur das versprochene Weihnachtsgeld für die Landesbediensteten hält Jamaika trotzdem nicht für finanzierbar. Auch das UKSH als eines der wichtigsten Innovationszentren im Land erhält nicht einen Cent mehr! Auch wir wollen investieren, aber mit Sinn und Verstand. Und mit gegenfinanzierten Anträgen. Wir sind uns mit Frau Schäfer einig: „Mit einer höheren Ausgabendisziplin hätte die Landesregierung auch einen Haushalt ohne oder mit einer deutlich geringeren Neuverschuldung vorlegen können.“ Das hat die Landesregierung dieses Mal deutlich verpasst.

Thomas Rother

Verleihung des Altenpflegepreises Schleswig-Holstein

Kreativität und Engagement stärken die Pflege

Heute steht die Pflege wieder im Mittelpunkt – ein Stellenwert, den sie eigentlich viel öfter verdient. Wir alle kennen die enormen Arbeitsbelastungen eines Pflegealltages. Der Wert von Pflegefachkräften für unsere Gesellschaft kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Es ist faszinierend, mit wie viel Engagement und Kreativität die Pflegekräfte in den Einrichtungen es noch neben ihrem aufreibenden Alltag schaffen, Ideen zu entwickeln, die das Leben der Bewohnerinnen und Bewohner bereichern, interessant machen und diese auch an neuen Entwicklungen teilhaben lassen.

Wir gratulieren den Preisträgern und Nominierten für den Altenpflegepreis Schleswig-Holstein ganz herzlich und bedanken uns bei allen, die sich um die Belange von Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf kümmern. Besonders freut uns, dass der erste Platz an die AWO Schleswig-Holstein für ihr Projekt „FAIRWORK“ ging, das sich für gute und faire Arbeitsbedingungen in der Pflege stark macht.“

Wolfgang Baasch





Deponie Ihlenberg

MELUND Schleswig-Holstein zur Deponie Ihlenberg im Umwelt- und Agrarausschuss

Am 19. Dezember 2018 tagte der Umwelt- und Agrarausschuss. Auf Antrag der SPD-Fraktion stand ein Bericht der Landesregierung zur Deponie Ihlenberg auf der Tagesordnung unter Bezug auf die Pressemitteilung des Ministers Jan Philipp Albrecht. Staatssekretärin Anke Erdmann, Staatssekretär Tobias Goldschmidt sowie der für die Wasserwirtschaft zuständige Abteilungsleiter Dr. Johannes Oelerich vom MELUND standen Rede und Antwort. Die Staatssekretärin äußerte großes Verständnis für die Sorgen der Bürger in und um Lübeck. Da sich die Deponie allerdings in 15 km Entfernung zur Landesgrenze befindet, ist ein unmittelbarer Zugriff des Ministeriums nicht möglich. Allerdings haben sowohl das MELUND als auch das Wirtschaftsministerium beim Land Mecklenburg-Vorpommern angemahnt, neben der Stadt Lübeck auch die Landesregierung wieder aktiver im Deponiebeirat einzubinden. Zunächst wurde auf die Fragen zu dem in 2018 gemessenen Tritium-Wert eingegangen. Der erhöhte Wert sei auf die Trockenheit in diesem Sommer zurückzuführen. Die ausgesprochen geringe Wasserabfuhr habe zu einer erhöhten Konzentration im oberflächennahen Schichtenwasser geführt. Dass diese Erhöhung festgestellt wurde, sei aus Sicht des MELUND eben gerade auf das funktionierende Messprogramm zurückzuführen. Derzeit gäbe es keinen Anlass zur Erhöhung der Messhäufigkeit. Auf die Frage, ob auch für Schleswig-Holstein wie in Mecklenburg-Vorpommern eine Studie zur Krebshäufigkeit

im Umfeld der Deponie vorgesehen sei, wurde auf die Studie in Lübeck verwiesen, die es bereits seit 2009 gibt. Darin wird seit Jahren eine gleichmäßige Krebshäufigkeit registriert. Auffälligkeiten seien bisher nicht festgestellt. Eine Ausweitung der Studie ist deshalb derzeit nicht vorgesehen. Eine Frage, die die Lübecker Bürger und Bürgerinnen immer wieder beschäftigt, ist, ob das Grundwasser in Lübeck gesichert ist oder Sickerwasser aus der Deponie durch Kurzschlussströme in das Trinkwasser gelangen kann. Dr. Oelerich verwies darauf, dass die Deponie Ihlenberg in Deponieklasse III eingestuft ist. Die Deponie unterliegt dementsprechend einem ständigen Dichtungskontrollsystem. Die Kontrollbrunnen rund um die Deponie würden regelmäßig beprobt. Dr. Oelerich erläuterte den Schichtenaufbau und die Fließrichtungen des Oberflächenwassers und der Grundwasserleiter. Demnach bildet eine mächtige, undurchlässige Schicht eine hydrogeologische Barriere unter dem Deponiekörper. Sickerwasser aus der Deponie würde erst in ca. 300 Jahren über den relevanten Grundwasserleiter in Lübeck ankommen. In diesem Zusammenhang wurden die Kontrollfrequenzen auf der Deponie hinterfragt. Nach Auskunft des Ministeriums ist für jede Lieferung eine Vorabkontrolle erforderlich. Für jede Lieferung sei dann sowohl eine Entsorgungs- als auch ein Verbleibnachweis zu erstellen. Bei jeder Charge erfolge eine Deklarationsanalyse. Wie die Sicherheitsanforderungen auf der Deponie Ihlenberg eingehalten werden, davon können wir Lübecker Landtagsabgeordneten uns in Kürze selbst überzeugen. Wir sind eingeladen, den Umweltminister am 18. Januar 2019 bei seinem Besuch vor Ort auf der Deponie zu begleiten. Dieses Angebot werden wir selbstverständlich wahrnehmen.

Kerstin Metzner



Öffentlicher Dienst

Es gibt viel Luft nach oben bei der Ausbildung im Landesdienst

Manche Leser*in kennt es: die Frage nach Personalentwicklung wird oft mit dem schlichten Hinweis beantwortet, man könne ja gehen wenn es nicht passe. Das galt nicht nur für die Privatwirtschaft, sondern genauso für den öffentlichen Dienst. Von diesen Zeiten musste man sich angesichts der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung im Lande vollständig verabschieden. Das ist gut so. War es einst leicht Ausbildungsstellen anstelle von 16/17-jährigen Haupt- oder Realschulabgängern mit Abiturienten zu besetzen, so hat sich das Bild gewandelt. Das stellt neue Anforderungen an alle Ausbildungsbetriebe – und den öffentlichen Dienst. Die alte SPD-Landesregierung hat dieses Thema aufgegriffen und eine Neuausrichtung der Nachwuchskräftegewinnung vorgenommen. Die jetzige Landesregierung war klug genug, dies zu übernehmen und weiterzuentwickeln. Dennoch gibt es Kritik und den Hinweis auf Versäumnisse und Fehlorientierungen. Zu loben ist die Erweiterung des Integrationsprojekts „Ausbildung und Integration für Migranten – AIM“ im öffentlichen Dienst. Es ist richtig, mehr Menschen mit Migrationsgeschichte für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu begeistern. Bisher machen sie rund ein Viertel der Bevölkerung in unserem Land, aber selten mehr als fünf Prozent der Beschäftigten aus. Zu einer Verbesserung würde auch ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren beitragen. Bislang wird nur auf das Bewerbungsfoto verzichtet. Man könnte die Auswahlverfahren noch mehr objektivieren. Die Ausbildungseinrichtungen des Landes werden allmählich modernisiert und barrierefrei. Das ist gut für die Lehre und

die Lernenden. Schwierig ist es oft, am Ausbildungsort eine Bleibe zu finden. Insbesondere an der Fachhochschule für Verwaltung in Altenholz macht sich die allgemeine angespannte Wohnraumsituation bemerkbar; eigene Unterkünfte gibt es dort nicht. Der freie Markt wird das sicher nicht für die Landesregierung regeln! Es ist Aufgabe des Landes, in Kooperation mit Kammern und Studentenwerken Abhilfe mit eigenen Wohneinrichtungen zu schaffen, damit sich die Studierenden auf ihre Ausbildung konzentrieren können. Richtig ist es, technische Berufe im öffentlichen Dienst attraktiver zu machen. Gerade hier kann der öffentliche Dienst in Zeiten guter Konjunktur schwer mit der privaten Konkurrenz um die Köpfe mithalten. Doch es besteht noch Handlungsbedarf: Insbesondere für Führungspositionen gibt es keinen Plan. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Diversity und die Entlohnung werden als Mittel zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes immer wieder genannt. Konkrete Maßnahmen sind allerdings kaum wahrzunehmen. Ein weiteres wichtiges Thema ist die fehlende Tarifeinheit im öffentlichen Dienst. Bisher ist das Land viel zu beamtenfixiert und blendet den Tarifbereich vollkommen aus. Bund und Gemeinden verhandeln getrennt von den Ländern; auch sind die Länder nicht alle in einer Tarifgemeinschaft. Berufsanfänger neigen eher zum Wechsel des Arbeitsplatzes und würden dies auch im öffentlichen Dienst gerne tun. Aber dazu müssten die Bezahl- und Versorgungssysteme besser auf einander abgestimmt sein. Einkommens-Konkurrenz belebt hier nicht das Geschäft, sondern verdirbt es eher. Insgesamt fällt es schwer zu glauben, dass alle Stellen zeitnah durch qualifiziertes, gut und selbst ausgebildetes Personal besetzt werden können. Es bleibt an vielen Stellen noch Luft nach oben.

Thomas Rother



Wolfgang Baasch

Erzieher

Funktionen im Landtag

- Vorsitzender Europaausschuss
- stellv. Vorsitzender im Sozialausschuss
- stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss
- Behindertenpolitischer Sprecher
- Sprecher für Arbeitsmarkt und Gewerkschaften

Kontakt | w.baasch@spd.ltsh.de

Funktionen im Landtag

- Mitglied im Umwelt- und Agrarausschuss
- Mitglied im Wirtschaftsausschuss
- Sprecherin für Fischereipolitik
- Sprecherin für Maritime Wirtschaft / Häfen und Küstenschutz
- Sprecherin für Verbraucherschutz
- Sprecherin für freie Berufe
- Sprecherin Bündnis Eine Welt (BEI)
- Mitglied BINGO-Vergaberat

Kontakt | info@kerstin-metzner.de



Kerstin Metzner

Dipl.-Ing. Ingenieurbau
& Wasserbau

Funktionen im Landtag

- Vorsitzender Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung,,
- Vorsitzender des Finanzausschusses
- Vorsitzender Beteiligungsausschuss des Landtages
- Vorsitzender Anstaltsbeirat bei der JVA Lübeck
- Stellv. Vorsitzender des 1. parlamentarischen Untersuchungsausschusses
- Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landes-verfassungsgerichts

Kontakt | info@thomas-rother.de



Thomas Rother

Diplom-Betriebswirt
& Sozialökonom